

Obmänner-Konferenz.

daß die zum Anbau notwendigen Arbeitskräfte auf eine ausreichende Zeit beurlaubt würden.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner übernimmt den Vorsitz. Magistratsrat Dr. Ehrenberg erklärt gegenüber den Bemerkungen des Gem.-Rates Skaret, daß es sich nicht um Wiesenflächen, sondern um ehemalige Ackergründe handle, die seit zwei bis vier Jahren brach liegen und nunmehr vorübergehend für den Kartoffelanbau Verwendung finden sollen. Der voraussichtliche Ertrag werde freilich ein viel geringerer sein, als wenn die Möglichkeit vorhanden gewesen wäre, schon im Herbst vorigen Jahres die vorbereitenden Arbeiten durchzuführen. Trotzdem hätten die Sachverständigen einstimmig erklärt, daß auch auf diesen Gründen und insbesondere in Leopoldau die beiden Eigenschaften derartiger seien, daß ohne Düngung mit einem voraussichtlichen Ertrag, ungefähr das Vierfache von dem, was hineingesteckt wird, zu rechnen sein wird.

Was den Kredit von 34.000 K für die Gartenanlage an der Erdbergerlande betreffe, habe der Magistrat die Bewilligung dieser Anlage ausnahmsweise beim Stadtrate beantragt und dieser habe sich entschlossen, dieselbe zur Ausführung zu bringen, weil es sich um eine Anlage handelt, die vor drei Jahren, mit Rücksicht auf die Führung der elektrischen Bahn Wien-Preßburg kassiert werden mußte. Der Bezirk hatte dort eine schöne Anlage und es wurde versprochen, sie möglichst bald zu ersetzen. Sonst würden selbsterständlich in einer Zeit wie der jetzigen nicht neue Anpflanzungen beantragt. Wenn die Gemeinde in der Leopoldau auch mit einzelnen Wirtschaftsbesitzern abgeschlossen und 20 K per Joch verlangt hätte, wären vielleicht doch nur 30 bis 40 Joch vergeben worden. Die ganze Fläche von 100 ha hätte auf diese Weise nicht vergeben werden können, und es wäre noch immer die Frage des Eigenbetriebes geblieben.

Die Gemeinde ziehe also den Eigenbetrieb vor. Dafür haben sich auch alle Faktoren ausgesprochen. Übrigens sei es nicht sicher gewesen, daß diese Leute die Kartoffel für den Wiener Konsum reserviert hätten. Ein großer Teil der Besitzer sei von auswärts und es sei nicht ausgeschlossen, daß sie die Kartoffel anderen Gemeinden gegeben hätten.

Bezüglich der von Gem.-Rat Steiner vorgeschlagenen Deckungskäufe wiederhole er, daß die Gemeinde trachten solle, jetzt schon Kartoffelschlüsse für den Herbst zu machen.

Was den Wertheimsteinpark betrifft, so wäre es leicht möglich, diese 2000 m<sup>2</sup> von der Bebauung auszuschalten. Arbeitskräfte seien in Wien kaum zu bekommen. Es sei merkwürdig, daß die Frauen der eingerückten Pächter und Grundbesitzer, weil sie den Unterstützungsbeitrag bekommen, die Arbeit einfach weglegen. Würden sie arbeiten, so würden sie den Betrag nicht bekommen; die ungarische Regierung habe die Bedingung gestellt, daß die Auszahlung nur an solche erfolge, die arbeiten.

Der Bericht wird hierauf zustimmend zur Kenntnis genommen.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner führt aus, daß es sich am letzten Markt wieder gezeigt habe, daß die Militärverwaltung und die Konservenfabriken solche Viehmenagen ankaufen, daß der Bedarf der Zivilbevölkerung unmöglich mehr gedeckt werden könne. Aus Kreisen der Fleischhauer sei ihm nahegelegt worden, er solle die Verfügung treffen, daß die Eröffnung des Marktes zunächst nur für die heimischen, hier ansässigen Fleischhauer erfolge und erst nach einer gewissen Zeit

die auswärtigen Käufer, also auch die Militärverwaltung, kommen können. Um 10 Uhr dürfen z. B. nur die hierbesteuerten ansässigen Fleischhauer kaufen, um 11 oder 12 Uhr werde dann der Markt freigegeben. Er stehe diesem Vorschlag sehr skeptisch gegenüber, weil es ja kein Geheimnis bleiben wird, daß um 11 Uhr die Intendanz komme. Die Leute werden also eine Stunde lang alles zurückhalten und der Effekt wäre gleich Null. Er halte sich aber für verpflichtet, einen solchen Vorschlag in der Obmänner-Konferenz zur Diskussion zu stellen.

Gem.-Rat Skaret erklärt, daß mit dieser Maßnahme nicht viel gewonnen sein würde. Die Leute würden warten bis die Intendanz komme. Er möchte aber zur Erwägung geben, ob sich nicht vielleicht auf dem Markt bestimmte Preise fixieren ließen.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner erklärt, daß eine Abänderung der Wiener Marktordnung an die Zustimmung dreier Ministerien gebunden sei, die wohl schwerlich zu erlangen wäre.

Gem.-Rat Skaret meint, daß diese Maßregel allerdings zur Folge haben könnte, daß die Beschickung des Marktes illusorisch werde.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner erklärt, daß die Militär-Intendanz nur in Wien und Budapest einkaufe, weil es für sie bequemer sei, als von Stall zu Stall zu kaufen. Er habe dem Ackerbauminister nahegelegt, es durchzusetzen, daß die Konservenfabriken in Rumänien kaufen, um den inländischen Markt zu entlasten.

Gem.-Rat Steiner rät zur Vorsicht, denn sonst beliebe es der Regierung, die Gemeinde als Prügelknaben zu benutzen, wenn der Viehstand knapper werde.

Gem.-Rat Neumann regt an, es solle veranlaßt werden, daß für den Militärbedarf ab Stall gekauft werde. Alles andere sei ein Schlag ins Wasser; es würde zu noch weiteren Preistreibern führen.

Gem.-Rat Skaret ersucht den Herrn Bürgermeister, die Frage des Viehkaufes ab Stall von Seite der Militärverwaltung mit dem Ober-Intendanten Schubert zu besprechen.

Der Herr Bürgermeister sagt dies zu.

Gem.-Rat Dr. Schwarz-Hiller teilt mit, er habe in Erfahrung gebracht, daß eine Firma in Sophia anzeige, daß sie 650 eigene Mastochsen von 700 bis 750 kg Lebendgewicht zu verkaufen habe, für welche sie Abnehmer suche. Der Preis sei 800 Franken in Gold. Der Preis verstehe sich für Lebendgewicht, franko Sophia, zahlbar bei der Verladung. Die Ausfuhr sei gestattet. Das Geschäft konnte jedoch nicht realisiert werden, er frage, wie dies möglich wäre?

Bürgermeister Dr. Weiskirchner führt aus, daß die ungarische Regierung erklärt habe, sie könne die Bewilligung zur Ein- und Durchfuhr von Rindvieh nicht erteilen. Weiters bestehe auch eine Eisenbahn-Konvention, wonach nur 35 Waggons von Bulgarien nach Rustschuk abrollen dürfen. Auch sei der Umstand maßgebend, daß zur Einfuhr von Schweinen nur solche über 130 kg Gewicht zugelassen würden, während die meisten unter 130 kg seien.

Gem.-Rat Dr. Hein gibt der Meinung Ausdruck, daß das Fleischkontingent noch nicht erschöpft sei; er habe sich im Ackerbauministerium erkundigt und da wurde ihm bedeutet, daß man glaube, die Einfuhr der Schweine werde bewilligt werden. Die Einfuhr von Rindern aber nicht.